

Positionspapier 2026/174

‘Made in Europe’: Aus Sicht der Industriebeschäftigten

Brüssel, April 2026

Europas Industrie steht an einem Scheideweg. Nach Jahrzehnten einer auf den Export von Waren mit hoher Wertschöpfung in alle Welt ausgerichteten Wirtschaftsstrategie ist die europäische Industrie heute tief in die globalen Lieferketten integriert. Das Ergebnis dieser Strategie ist ambivalent. Viele europäische Unternehmen haben sich eine weltweite industrielle Führungsrolle erarbeitet und damit Produktivitätssteigerungen, niedrigere Preise für viele Waren, ein kräftiges Exportwachstum und in der Folge Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Europa bewirkt. Doch dies hatte seinen Preis. Diese Jahrzehnte waren auch gekennzeichnet durch Verlagerungen ins Ausland und kostengetriebene Strategien, die die Produktionskapazitäten schrumpfen ließen, die strategische Autonomie schwächten und Unsicherheiten für Beschäftigte sowie Gemeinschaften brachten.

Seit Jahrzehnten gehen europäische Industriezweige und Technologien ins Ausland verloren, während die Beschäftigten und Gemeinschaften, die diese Industriezweige aufgebaut haben, die Folgen von Arbeitsplatzverlusten und wirtschaftlichem Niedergang tragen müssen. Gleichzeitig haben sich die globalen Rahmenbedingungen verändert: Die geopolitische Instabilität hat Europas Abhängigkeiten in strategische Anfälligkeiten verwandelt. Europa kämpft zunehmend darum, in Leitmärkten heimische Produktion zu gewährleisten, da sowohl ausländische als auch europäische Unternehmen ihre Standorte in Niedriglohnländer verlagern. Der ökologische und digitale Wandel sollte eine historische Chance zur Umkehrung dieses Trends bieten – allerdings nur, wenn Europa eine auf Gerechtigkeit, Berechenbarkeit und Nachhaltigkeit gegründete starke Industriepolitik verfolgt. Bis vor kurzem vermochten die industriepolitischen Instrumente der EU nicht, die öffentlichen Ausgaben auf die langfristige inländische Wertschöpfung und soziale Ziele abzustimmen. Die Veröffentlichung des Rechtsakt zur beschleunigten Dekarbonisierung der Industrie (Industrial Accelerator Act) könnte nun einen Kurswechsel einläuten. Es ist das erste Mal, dass die EU versucht, den Begriff „Made in Europe“ zu definieren.

Gut konzipierte und mit ausreichend Ressourcen ausgestattete Local-Content-Anforderungen (*Local Content Policies*, LCP) sind ein bewährtes Instrument, um die Wertschöpfung in Europa zu halten – durch eine proaktive „Made in Europe“-Strategie. Eine Reihe politischer Initiativen der Europäischen Kommission zielt darauf ab, „Made in Europe“ durchgängig in der EU-Industriepolitik zu verankern. Bei kluger Umsetzung würde dies dafür sorgen, dass öffentliche Investitionen und Marktanreize zu Arbeitsplätzen, Kompetenzen und Innovationen vor Ort führen. Dies erfordert jedoch einen ausgewogenen Rahmen, der potenziell negative Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen vermeidet und erhöhte Produkt- oder Verwaltungskosten abmildert.

LCP müssen außerdem über einfache Anforderungen hinsichtlich Design, Fertigung oder Zusammenbau hinausgehen: Sie sollten durchsetzbare soziale Auflagen und Umweltstandards vorsehen, um das europäische Sozialmodell aufrechtzuerhalten und zu stärken.

Schließlich werden LCP und soziale Auflagen nur dann die beabsichtigten wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Ergebnisse erzielen, wenn sie durch einen starken Governance- und Durchsetzungsrahmen unterstützt werden. Ohne klare Regeln, transparente Überwachung und wirksame Sanktionen läuft „Made in Europe“ Gefahr, eher zu einem symbolischen Label als zu einem transformativen Instrument der Industriepolitik zu werden.

Warum „Made in Europe“ wichtig ist

Allzu lange haben europäische Unternehmen „Best-Cost“-Strategien verfolgt und ihre Produktion in Niedriglohnländer und an die attraktivsten Steuerstandorte, auch innerhalb Europas, verlagert, um ihre Gewinne zu maximieren. Diese für die Unternehmensleitungen vermeintlich erfolgreiche Strategie hat jedoch auch schwerwiegende Folgen:

- **Deindustrialisierung:** Die Investitionen sind in weiten Teilen Europas ins Stocken geraten bzw. seit Jahren rückläufig, die Wertschöpfungsketten werden von Umstrukturierungen erfasst, und unsere Wettbewerber ziehen mit strategischer Unterstützung und Planung davon. Unterdessen hält Europa allzu oft an neoliberaler Politik und Haushaltsdisziplin fest, obwohl seine industrielle Basis gerade jetzt für den ökologischen und digitalen Wandel gestärkt werden müsste. Wenn wir alles alleine den Marktkräften überlassen, besteht das Risiko, dass sich die Deindustrialisierung noch beschleunigt und Abhängigkeiten verstärkt werden.
- **Arbeitsplatzverluste und Ungleichheit:** Industrieabhängige Gemeinschaften kämpfen mit wirtschaftlichem Niedergang. Deindustrialisierung ist in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht toxisch.
- **Strategische Anfälligkeit:** Die Abhängigkeit von Importen beeinträchtigt die Resilienz Europas, insbesondere bei kritischen Komponenten und Rohstoffen wie seltenen Erden.

Ein ausgewogener Ansatz in Bezug auf Local Content kann durch folgende Maßnahmen zu einer Trendumkehr beitragen:

- Schaffung europäischer und vorhersehbarer Nachfrage für europäische Industriezweige und Lieferketten, Förderung von Investitionen und Innovationen,
- Gewährleistung strategischer Autonomie in Bezug auf kritische Sektoren und kritische Rohstoffe durch die Kombination heimischer Produktion, Diversifizierung der ausländischen Lieferquellen und Verbesserung von Effizienz und Kreislaufwirtschaft,
- Sicherstellung einer gerechteren Verteilung der Früchte des industriellen Wandels in Europa,
- den Zugang zu öffentlichen Mitteln vom Erhalt von Arbeitsplätzen und bestehenden Produktionsstätten in Europa abhängig machen, um Anreize für Standortverlagerungen in Länder innerhalb und außerhalb der EU zu verringern,
- Stärkung der industriellen Struktur in ganz Europa, um den sozialen und regionalen Zusammenhalt zu gewährleisten.

Schlecht konzipierte Richtlinien können jedoch auch zu rechtlicher Anfechtung, höheren Kosten, höheren weitergegebenen Preisen und Gewinnmaximierung sowie weniger Wettbewerb oder Zugang zu den innovativsten oder kostengünstigsten Lösungen führen. Dies muss bei der Ausarbeitung einer „Made in Europe“-Politik berücksichtigt werden.

Dieser Kontext erfordert einen strategischen Ansatz, der berücksichtigt, dass nicht alle Wertschöpfungsketten vollständig nach Europa verlagert werden können oder sollten. Die Stärkung der

internationalen Zusammenarbeit und des Multilateralismus ist für Europa langfristig von entscheidender Bedeutung.

Schließlich lassen sich Local Content-Vorschriften nicht entwickeln, ohne auch die Investitionslücke anzugehen, unter der Europa leidet – sowohl bei privaten als auch bei öffentlichen Investitionen, wie aus den Berichten von Draghi und Letta hervorgeht –, sowie die Notwendigkeit, die Kaufkraft zu stärken, auch durch faire Löhne. Ein umfassender Ansatz in der Industrie- und Investitionspolitik würde positive Kreisläufe für die europäische Wirtschaft schaffen, sowohl im verarbeitenden Gewerbe als auch im Dienstleistungssektor. Die derzeitigen EU-Haushaltsregeln beschränken den „Made in Europe“-Ansatz.

Aufbau einer europäischen „Made in Europe“-Strategie

„Made in Europe“: Qualitätsgarantie für gute Arbeitsplätze in der europäischen Industrie

„Made in Europe“ muss mehr als bloß eine geografische Angabe sein – es muss die Werte Europas widerspiegeln, angefangen bei hohen sozialen Standards: hochwertige Jobs, faire Entgelte und sichere Arbeitsbedingungen, Tarifverhandlungsrechte, Zugang zu beruflicher Weiterbildung sowie zu sozialer Absicherung und Sozialleistungen, wie in den europäischen Verträgen festgelegt.

IndustriAll Europe fordert daher im Einklang mit den jüngsten Stellungnahmen¹ einen „Made in Europe“-Ansatz, der strenge und durchsetzbare soziale Auflagen zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Europa vorsieht, wenn öffentliche Mittel im Spiel sind, aber auch dann, wenn Anreize geschaffen werden. Soziale Auflagen müssen im Kontext unterschiedlicher nationaler Arbeitsmarktmodelle anwendbar sein.

In allen öffentlichen Vergabeverfahren sowie bei EU-Mitteln müssen durchsetzbare soziale Kriterien vorgesehen sein. Diese sollten Lieferanten und Auftragnehmer dazu verpflichten:

- die arbeitsrechtlichen Vorschriften auf nationaler und EU-Ebene, einschließlich Tarifverträge, einzuhalten,
- die Kernübereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) zu befolgen,
- gute und sichere Arbeitsbedingungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette sicherzustellen, einschließlich Beschränkungen bei der Vergabe von Unteraufträgen²,
- einen transparenten und effektiven sozialen Dialog mit Gewerkschaften zu führen,
- Arbeitsplatzschaffung und Kompetenzentwicklung nachzuweisen,
- lokale Lieferketten und gute/menschenwürdige Arbeit zu fördern,
- Rückforderungsmechanismen bei Missbrauch öffentlicher Gelder einzurichten,
- sicherzustellen, dass die Mobilisierung europäischer Mittel keine territorialen Ungleichgewichte verursacht und dass die Anforderung „Made in Europe“ vollständig im Einklang mit einer Logik des Zusammenhalts und einer fairen Reindustrialisierung der Gebiete steht,
- für eine gerechte Verteilung des geschaffenen Wohlstands zu sorgen.

IndustriAll Europe fordert, dass alle Unternehmen, die Beihilfen erhalten, folgenden strengen sozialen Auflagen³ unterliegen müssen:

¹ https://news.industriall-europe.eu/documents/upload/2025/12/639002858855450019_From_Price_to_People_-_Public_Procurement_as_a_Tool_for_Quality_Jobs_and_Sustainability_-_EN.pdf

² <https://www.etuc.org/en/document/eu-directive-subcontracting-and-labour-intermediation>

³ [https://news.industriall-europe.eu/documents/upload/2026/2/639059716625030067_06.b_-_Clean_Industrial_Deal_-_New_State_Aid_Framework_accompanying_the_Clean_Industrial_Deal_\(CISAF\)_-_EN.pdf](https://news.industriall-europe.eu/documents/upload/2026/2/639059716625030067_06.b_-_Clean_Industrial_Deal_-_New_State_Aid_Framework_accompanying_the_Clean_Industrial_Deal_(CISAF)_-_EN.pdf)

- Beschäftigungssicherheit garantieren,
- Gewerkschaften in Umstrukturierungs- und Übergangspläne einbeziehen,
- die Einhaltung von Tarifverträgen, Arbeits- und Gesundheitsschutz und Sozialstandards sicherstellen,
- sich zu fairen Entgelten und zum Grundsatz „Gleiches Entgelt für gleiche Arbeit“ verpflichten,
- Nutzen für Beschäftigte und Gemeinschaften schaffen – nicht nur für Aktionär*innen,
- eine industrielle Alternative im Falle einer Schließung oder Teilschließung in den kommenden Jahren sicherstellen,
- in industrielle Kapazitäten, Forschung, Entwicklung und Innovation investieren.

Dieser Ansatz stünde in starkem Kontrast zu den Modellen in den USA, die auf Deregulierung und Kostensenkungen setzen, und zu den Modellen in China, das durch staatliche Eingriffe nationale und internationale Märkte verzerrt.

Der Vorteil Europas liegt in seinem Sozialmodell, das Beschäftigte schützt und gleichzeitig Innovationen und Kooperation fördert.

'Made in Europe': Ein gemeinsamer Rahmen für die europäischen Beschäftigten

Der geografische Anwendungsbereich der „europäischen Präferenz“ muss europäische Lieferketten widerspiegeln. Weil industrielle Lieferketten grenzüberschreitend sind und entscheidend zur wirtschaftlichen Integration Europas beitragen, darf der europäische Fertigungsanteil geografisch nicht zu eng definiert werden. Neben den Ländern, die Teil des Binnenmarktes sind (EU- und EFTA-Mitgliedstaaten), sollten auch die Kandidatenländer zum „Buy European“-Raum gezählt werden, sofern strenge Vorschriften und deren Umsetzung Sozial- und Umweltdumping ausschließen. Ebenso sollten Waren im Einklang mit den Ursprungsregeln des Handels- und Kooperationsabkommens zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich als europäisch angesehen werden. Jede Ausweitung des Anwendungsbereichs der „Buy European“-Regelung muss jedoch zwingend mit sozialer und ökologischer Gegenseitigkeit sowie Gegenseitigkeit in Bezug auf den Marktzugang verbunden sein.

Die „Made in Europe“-Agenda muss positive Anreize für die umfassende Achtung der Arbeitnehmerrechte und die soziale und ökologische Gegenseitigkeit in globalen Lieferketten schaffen sowie „Regime-Shopping“ und der Verlagerung bestehender Produktionsstätten in Länder innerhalb oder außerhalb Europas entgegenwirken.

Local-Content-Messung: Das „Wie“ ist entscheidend

Grundsätzlich sollte bei der Bestimmung des LC-Anteils folgende Maxime gelten: Die Umsetzung hängt vom jeweiligen Politikfeld, vom regulatorischen Rahmen, vom jeweiligen Gesetz, von der jeweiligen Branche ab. Der richtige Policy-Mix für jeden Sektor sollte auf der Grundlage der Erreichung langfristiger industriepolitischer Ziele festgelegt werden.

Die „härteste“ Umsetzungsform besteht in harten Quoten. Werden diese nach Anteilen des Wertes definiert, können sie bürokratiearm durch die Rules of Origins bestimmt werden. Ein für alle Branchen geltender einheitlicher LC-Anteil wäre zwar einfach zu formulieren, aber eindeutig WTO-widrig und nicht für jede Branche sachgerecht. Daher muss das Ziel weiterhin sein, für Sektoren und Branchen konkrete und verpflichtende Zielvorgaben zu formulieren – mit Blick auf die konkrete Branche, ihre Kapazität, Abhängigkeiten und Bedrohung.

Wie plädieren dafür, dass die EU zunächst den Ansatz des lokalen Wertschöpfungsanteils (LVC – anteilige Anrechnung) zur Messung des lokalen Anteils in Unterkomponenten heranziehen sollte, damit der Nicht-

EU-Wert in einem Endprodukt und über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg zurückverfolgt werden kann. Im Vergleich dazu erlaubt der in Handelsabkommen angewandte Ursprungsregel-Ansatz, dass zusätzliche und in jeder Stufe hinzukommende Nicht-EU-Anteile in das Endprodukt eingehen. Der Ansatz löst jedoch nicht das Problem der Anfälligkeit für Engpässe bei bestimmten Rohstoffen wie seltenen Erden. Diese machen zwar nur einen geringen Prozentsatz des Gesamtwerts aus, doch die EU ist bei ihnen fast vollständig von anderen Ländern abhängig. Ähnliche Anwendungen dieses Ansatzes sind das brasilianische [Inovar-Auto-Programm](#) (2012-2017), das [kürzlich aktualisierte TKDN-Rahmenwerk für Local Content](#) in Indonesien oder der [Buy America Act der USA](#). Letzterer regelt staatliche Zuschüsse für Infrastrukturprojekte und wurde durch Präsident Bidens *Infrastructure Investment and Jobs Act* von 2021 um den Wert von Komponenten und Unterkomponenten erweitert.

Zusätzlich zum wertbasierten LVC-Ansatz könnte die EU auch vorschreiben, dass bestimmte kritische Komponenten aus der EU bezogen werden müssen. Nach den sogenannten Produktionsschritt-Anforderungen gilt eine Ware nur dann als lokal, wenn bestimmte hochwertige oder strategische Komponenten in der EU hergestellt werden, wobei der lokale Anteil anhand der physischen Präsenz oder der Verarbeitungsanforderungen für bestimmte Teile und nicht anhand des Gesamtwerts der Ware berechnet wird. Dieser Ansatz darf nur gestützt auf die Liste kritischer Komponenten und Rohstoffe umgesetzt werden, die in der Netto-Null-Industrie-Verordnung, der Verordnung zu kritischen Rohstoffen und dem Industrial Accelerator Act oder ähnlichen Initiativen festgelegt sind.

- Dies könnte auch mit Anreizen zur Förderung der Kreislaufwirtschaft kombiniert oder als solche formuliert werden. Bei Batterien zum Beispiel könnten beispielsweise Local-Content-Messungen Anreize für die Verwendung von Wertstoffen aus EU-Altfahrzeugen, Abfällen aus der europäischen Batteriezellenfertigung und Batteriematerialien aus Recyclingeinrichtungen in der EU schaffen. Neben der Unterstützung von Umweltzielen könnte diese Maßnahme auch den heimischen Fertigungsanteil erhöhen.
- Vor diesem Hintergrund unterstützen wir auch ökologische Boni, die Unternehmen, die sich an den Umweltzielen der EU orientieren, Anreize bieten. Diese können in Form von zusätzlichen Steuergutschriften oder Kreditgarantien – durch stärkere Gewichtung bei der Bewertung öffentlicher Aufträge – oder als die zuvor erwähnten Anreize zur Förderung der Kreislaufwirtschaft gestaltet sein.

LCP haben sich im Technologieentwicklungsprozess als besonders nützlich erwiesen. Beispielsweise haben LCP-ähnliche Richtlinien für den Bereich der Solar- und Windenergie in Italien und Spanien dazu beigetragen, lokale Anbieter und Arbeitskräfte zu unterstützen und so Raum für den Aufbau ihrer Branche zu schaffen. Sobald Technologien ausgereift sind und insbesondere wenn die LCP auslaufen, muss der Staat zusätzliche Maßnahmen ergreifen, damit die Vorteile für den lokalen Markt erhalten bleiben und die neuen Technologien in der gesamten Wirtschaft Verbreitung finden. Ein Auslaufen sollte erst nach sorgfältiger Überwachung erfolgen. Beispiele für solche staatlichen Maßnahmen sind:

- Schutz der europäischen Forschung und Innovation durch Anreizmechanismen und Unterstützung für die lokale Produktion, um so das Know-how in Europa zu erhalten.
- Marktreformmaßnahmen, die neuen, sauberen Energiequellen zugutekommen, wie Kapazitätsmechanismen, die Flexibilität und Verfügbarkeit belohnen, und Beihilfen für Energiespeicherung.
- Infrastrukturinvestitionen zur Förderung der Verbreitung CO₂-freier Technologien in Europa, wie Investitionen in Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge, die Modernisierung von Stromnetzen und Wasserstoffpipelines. Dies kann mit zusätzlichen Anreizen (wie Steuervorteilen, vereinfachten Genehmigungsverfahren oder vergünstigten Darlehen) kombiniert werden, um private Investitionen anzuziehen.

- Aus- und Weiterbildung zur Steigerung der Produktivität.

Um sicherzustellen, dass die EU ihre Ziele in Bezug auf saubere Energie und Dekarbonisierung weiterverfolgt und gleichzeitig ihre strategische Autonomie bewahrt, müssen wir einen bestimmten Prozentsatz ausgereifter Produkte in der EU herstellen, um strategische Beschaffungsfragen zu regeln und nicht geopolitischen Spannungen ausgesetzt zu sein. Der Prozentsatz lokaler Inhalte sollte auch zwischen verschiedenen Sektoren und ihrer Relevanz für die strategische Autonomie und den grünen und digitalen Übergang flexibel sein, um sicherzustellen, dass zukünftige Bedürfnisse antizipiert werden. Den Unternehmen sollten Anreize geboten und in bestimmten Fällen sogar Verpflichtungen auferlegt werden, längerfristige Investitions- und Übergangspläne zu erstellen, die die Beschäftigten einbeziehen und ihre Geschäftstätigkeit mit den einschlägigen politischen Zielen in Einklang bringen. Um beide Ziele zu erreichen, könnten Local-Content-Anteile entsprechend den aktuellen und erwarteten inländischen Kapazitäten sowie dem technologischen Reifegrad schrittweise eingeführt werden. Generell muss die EU-Politik ein starkes Marktsignal für Unternehmen setzen, indem sie für Planungssicherheit sorgt und gleichzeitig Innovation, Kreativität, Zusammenarbeit und Unternehmertum fördert.

Europa muss auch darüber nachdenken, wie mit Wissen (dem wirtschaftlichen Wert von Innovationen, einschließlich technischer, Engineering- oder anderen spezialisierten Dienstleistungen sowie Patentrechten, geistigem Eigentum und „immateriellen Vermögenswerten“) umgegangen wird, das weitgehend in Europa generiert wird.

- Als Gewerkschaft, die Beschäftigte entlang der gesamten Lieferkette vertritt, wissen wir, dass die Unterstützung der gesamten Wertschöpfungskette (regionale Cluster, FuE-Netzwerke und sichere Rohstoffversorgung) für den Erhalt der gesamten Lieferkette in Europa von entscheidender Bedeutung ist. Sobald ein Glied der Kette ins Ausland abwandert, folgen die anderen.
- Wenn mit öffentlichen Mitteln aus europäischen oder nationalen Quellen industrielle Innovationen oder FuE-Programme gefördert werden, sollte die damit verbundene großmaßstäbliche Produktion vorrangig in Europa erfolgen. Durch Auflagen und Rückforderungsmechanismen muss verhindert werden, dass Europa Innovationen subventioniert, die damit verbundenen wirtschaftlichen Gewinne jedoch anderswo erzielt werden.
- Besonders heikel wird es bei der Wissensextraktion und der Auslagerung von Tätigkeiten wie FuE sowie Engineering- und Wartungsdienstleistungen. Die Zahl der Arbeitsplätze in diesen Bereichen ist beträchtlich (Wartung für die Rüstungsindustrie) und in einigen Fällen auch Teil des lokalen Fertigungsanteils (Produktdesign-Dienstleistungen in der Automobilindustrie).
- LCP müssen daher auch darauf abzielen, diese Problematik anzugehen, beispielsweise durch die Einführung einer auf Beschäftigung basierenden Berechnung für die Local-Content-Messung (d. h. das Verhältnis zwischen lokalen und ausländischen Beschäftigten bzw. Fachkräften). Dazu gehört auch die Berücksichtigung von Forschungs- und Entwicklungskosten, die in die Bewertung des Gesamtwerts einer Ware einfließen müssen. Innovation ist auch Wertschöpfung.
- Die Frage der Wissensextraktion betrifft jedoch auch viele andere Bereiche, wie beispielsweise die Wettbewerbspolitik, und könnte auch durch die Gewährleistung des Technologietransfers in Schlüsselindustrien durch obligatorische Joint Ventures innerhalb der EU oder durch eine umfassendere Reform der Regelungen zum Schutz geistigen Eigentums angegangen werden, um KMU einen gleichberechtigten Zugang zu Grundlagenwissen zu gewährleisten und unlauteren Wettbewerb oder Monopolisierung zu verhindern.

Flexibilität im Abtausch gegen Content: Ein pragmatischer Kompromiss

Maßnahmen der EU zur Förderung einer steigenden Nachfrage im verarbeitenden Gewerbe müssen mit konkreten Investitionszusagen seitens der Unternehmen einhergehen. Gleichzeitig wissen wir um die

Schwierigkeiten einiger europäischer Hersteller, ihre Produktionskapazitäten zu erweitern und Marktanteile in den sich rasch entwickelnden Clean-Tech-Branchen (z. B. Elektrofahrzeuge) zu gewinnen, da die Unternehmen mit Engpässen bei Rohstoffen, hohen und schwankenden Energiepreisen, einer schwächeren Nachfrage und einem verschärften globalen Wettbewerb zu kämpfen haben. Diese marktwirtschaftliche Realität veranlasst zahlreiche Arbeitgeber und Mitgliedstaaten dazu, auf mehr Flexibilität bei der Erreichung der EU-Klimaziele zu drängen, um ihre bestehenden Produktionskapazitäten und die vielen Tausend Industriearbeitsplätze in diesen Sektoren zu erhalten.

Ein Auflagenmechanismus wäre jedoch eine Möglichkeit, wie die EU regulatorische Flexibilität mit strengeren Local-Content-Anforderungen verknüpfen könnte. Im Wesentlichen handelt es sich um einen Abtausch von Flexibilität gegen Content - wie kürzlich im Falle des von der Europäischen Kommission veröffentlichten Automobilpakets: Die EU könnte begrenzte, zeitlich befristete Flexibilität bei der Erreichung der Zwischenziele für Emissionen anbieten und gleichzeitig die strategische Autonomie, die industrielle Wettbewerbsfähigkeit und die Ziele des sozialen Zusammenhalts der EU durch höhere Local-Content-Vorgaben stärken. Im Rahmen dieses neuen Mechanismus könnten Hersteller diese regulatorischen Flexibilitäten nur dann in Anspruch nehmen, wenn die Waren, die von solchen Flexibilitäten profitieren, eine immer höhere Local-Content-Anforderung erfüllen.

Flexibilitäten dürfen in keinem Fall die Umweltziele der EU untergraben, die weiterhin ein wichtiges politisches und industrielles Ziel bleiben müssen.

Schlupflöcher vermeiden

Nach Ansicht von industriAll Europe müssen politische Maßnahmen so gestaltet werden, dass sie keine Schlupflöcher bieten. Daher spricht sich iAE gegen die folgenden Ansätze zur Local-Content-Messung aus:

- Wir lehnen den Umtarifierungs-Ansatz zur Local-Content-Messung ab. Bei einem solchen Ansatz muss lediglich die letzte wesentliche Verarbeitung in Europa erfolgen. Unternehmen könnten dann Produkte einfach in Europa zusammenbauen, ohne dass die vielen benötigten Komponenten in Europa gefertigt werden – also ohne echte europäische Wertschöpfung.
- Wir lehnen die Anwendung von Kumulierungsklauseln für Local-Content-Zwecke ab, da damit Waren aus Ländern mit niedrigeren Arbeitsstandards als Ursprungswaren aus Europa gelten könnten. Dank Kumulierungsklauseln könnte Local Content auf alle Länder ausgeweitet werden, mit denen Europa ein Freihandelsabkommen (FTA) geschlossen hat (derzeit hat die EU FTA mit mindestens 72 Ländern). Ein solcher Ansatz würde jede LCP im Grunde genommen wirkungslos machen.

Anwendung einer europäischen „Made in Europe“-Strategie mit maximaler Wirkung

Die Einstufung eines Produkts als „Made in Europe“ anhand der Local-Content-Messung würde eine Anwendung in verschiedenen Schlüsselbereichen der EU- und nationalen Politik ermöglichen:

- **Handelspolitik:** variable Einfuhrzölle, der Zugang zum Binnenmarkt und die Ursprungsregeln spielen hier eine wichtige Rolle.
- **Vergabe öffentlicher Aufträge:** Umsetzung wirksamer „Buy European“-Beschaffungsregelungen.
- **Maßnahmen zur Stimulierung der Nachfrage:** Anwendung von Förderkriterien bei Anreizprogrammen für Verbraucher*innen (Sozialleasing sowie Steuergutschriften für den Kauf europäischer Elektrofahrzeuge) und bei Programmen zur Dekarbonisierung von Unternehmensflotten – über Elektro-Kleinfahrzeuge hinaus.

- **Staatliche Beihilfen und ausländische Direktinvestitionen (ADI):** Festlegung von Förderkriterien für ausländische Unternehmen gemäß den Rahmen für staatliche Beihilfen für eine saubere Industrie und Regulierung der ausländischen Automobilproduktion in Europa durch Vorschriften zur Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen.
- **Zuschüsse für Verbraucher*innen:** Eine Local-Content-Anforderung kann auch als Vergünstigungsmechanismus für Verbraucher*innen gestaltet werden, beispielsweise durch Steuergutschriften für den Kauf von „Made in Europe“-Fahrzeugen.
- **Strategien zur digitalen Vorreiterrolle:** müssen sich ebenfalls auf lokale Inhalte konzentrieren.

Robuste Überwachung und Überprüfung

Um Greenwashing, Sozialdumping und Wertverlust zu vermeiden, muss die Einhaltung lokaler Inhalts- und Sozialauflagen systematisch überwacht werden, wobei dies jedoch auf möglichst unbürokratische Weise geschehen muss.

- Die Überwachung sollte sich nicht ausschließlich auf Selbstauskünfte stützen. Sie muss unterstützt werden durch:
 - unabhängige Prüfungen,
 - Gegenprüfungen mit Daten der Zoll-, Steuer- und Arbeitsaufsichtsbehörden,
 - Zusammenarbeit zwischen nationalen Behörden und EU-Organen.

Die Umsetzung erfordert einen ausgewogenen Rahmen, der negative Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen vermeidet und steigende Produkt- oder Verwaltungskosten abfedert. Die EU und die Mitgliedstaaten müssen eine angemessene Ausstattung der Kontroll- und Durchsetzungsbehörden sicherstellen.

Rolle der Sozialpartner

Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände müssen formell in die Governance-Strukturen integriert werden.

- Arbeitnehmervertreter*innen brauchen:
 - Zugang zu relevanten Unternehmensinformationen in Bezug auf lokale Inhalte und Auflagen
 - Anhörungsrechte im Falle von Umstrukturierungen, Verlagerungen oder Nichteinhaltung von Verpflichtungen
 - die Möglichkeit, Untersuchungen einzuleiten, wenn Anhaltspunkte für Verstöße vorliegen.

Darüber hinaus ist es unerlässlich, dass Arbeitnehmervertreter*innen in Fragen der Unternehmensführung und der Industriepolitik auf allen Ebenen einbezogen werden und mitbestimmen können. Dieser partizipative Ansatz stärkt die Durchsetzung, erhöht die Transparenz und festigt das Vertrauen in die öffentliche Industriepolitik.

Sanktionen, Rückforderungen und Streitbeilegung

Eine glaubwürdige „Made in Europe“-Politik erfordert sinnvolle Konsequenzen bei Nichteinhaltung.

- Sanktionen sollten verhältnismäßig, vorhersehbar und abschreckend sein, einschließlich
 - teilweiser oder vollständiger Rückforderung öffentlicher Mittel,
 - Ausschluss von künftigen Beschaffungs- oder Förderprogrammen,

- gegebenenfalls weiteren finanziellen Sanktionen.
- Rückforderungsmechanismen sollten in folgenden Fällen zur Anwendung kommen:
 - Verlagerung der Produktion außerhalb Europas entgegen den Verpflichtungen, in Anbetracht der Tatsache, dass Verlagerungen häufig schrittweise erfolgen (einschließlich der Verlagerung von Dienstleistungen und F&E-Funktionen) und Rückforderungsmechanismen daher alle Aktivitäten abdecken sollten,
 - Nichteinhaltung von Verpflichtungen in Bezug auf Beschäftigung, Investitionen oder lokale Inhalte,
 - Verstöße gegen Arbeits- oder Umweltstandards.
- Auf nationaler Ebene sollte ein klarer Streitbeilegungsmechanismus eingerichtet werden, der bei grenzüberschreitenden Wertschöpfungsketten oder EU-Finanzierungen auf EU-Ebene eskaliert werden kann.

Transparenz und öffentliche Rechenschaftspflicht

Schließlich muss „Made in Europe“ für die Bürger*innen transparent sein.

- Die EU sollte ein öffentliches Register der Projekte und Unternehmen einrichten, die von öffentlicher Unterstützung im Zusammenhang mit lokalen Inhalten profitieren, mit folgenden Informationen:
 - Höhe der erhaltenen öffentlichen Mittel,
 - eingegangene Verpflichtungen,
 - Konformitätsstatus im Laufe der Zeit.

Transparenz ist unerlässlich, um die demokratische Rechenschaftspflicht zu gewährleisten, den Missbrauch öffentlicher Mittel zu verhindern und die Unterstützung der Öffentlichkeit für eine aktive europäische Industriepolitik zu gewinnen.

Ein starker Rahmen für Governance und Durchsetzung ist kein Verwaltungsaufwand, sondern eine Voraussetzung für den Erfolg. Indem Europa sicherstellt, dass lokale Inhalte und soziale Auflagen real, durchsetzbar und fair sind, kann es öffentliche Investitionen mit langfristiger industrieller Widerstandsfähigkeit, hochwertigen Arbeitsplätzen und strategischer Autonomie in Einklang bringen.

LCP in Verbindung mit durchsetzbaren sozialen Auflagen sind ein Instrument für die Sicherung der industriellen Zukunft Europas. Sie tragen dazu bei, dass im Zuge des ökologischen Wandels hochwertige Arbeitsplätze geschaffen werden, die strategische Autonomie gestärkt wird und das europäische Sozialmodell gewahrt bleibt. „Made in Europe“ muss zu einem globalen Maßstab für Nachhaltigkeit, Fairness und Innovation werden.